

Petition

JA zur Energiewende: NEIN zur Kohlestrom-Autobahn durch Bayern!

Die vier großen Netzbetreiber auf dem deutschen Strommarkt haben vom Bundesgesetzgeber den Auftrag zum Ausbau des Stromnetzes im Bundesgebiet erhalten. Vor wenigen Tagen hat der Netzbetreiber Amprion nun seine Pläne öffentlich gemacht. Sie sehen eine Stromschneise durch Bayern von der Breite einer sechsspurigen Bundesautobahn vor. Bis zu 80 Meter hohe Masten sollen Gleichstrom aus Sachsen-Anhalt in ein 20 Fußballfelder großes Mega-Umspannwerk führen, das im Umkreis von zehn Kilometern um Meitingen (Landkreis Augsburg) entstehen soll.

Die Unterzeichner dieser Petition fordern auf diesem Wege die sofortige und vorbehaltlose Einstellung des Projektes.

Begründung:

Die Petenten halten die jüngsten Planungen zum Netzausbau aus den nachstehenden Gründen für den falschen Weg, die Energiewende in Bayern umzusetzen:

1.) Die geplante Trasse soll im sächsischen Bad Lauchstädt, in Mitten der Braunkohlereviere Mitteldeutschland und Lausitz, ihren Ursprung nehmen. Mit Ausnahme von Braunkohlestrom, dessen intensiviertere Verwertung der Energiewende diametral entgegensteht, findet dort keine Art der Energieerzeugung statt, die nicht auch bei uns vor Ort betrieben werden könnte. Uns erschließt sich deshalb nicht, weshalb eine 450 Kilometer lange Stromautobahn notwendig sein soll, um die mit dem Atomausstieg verbundene Wertschöpfung (Steuern, Gewinne, Arbeitsplätze, Finanzierungszinsen usw.) internationalen Großkonzernen zu überlassen, anstatt sie in unserer Region zu generieren.

2.) Laut einem Argumentationspapier des Netzbetreibers Amprion, soll die geplante Trasse nicht zuletzt den Export von Stromüberschüssen nach Österreich verbilligen, welcher derzeit über verlustreiche und kostenintensive Netze durch Polen und die

Tschechei erfolgt. Eine Studie des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt vor diesem Hintergrund zum eindeutigen Ergebnis, dass die betreffende Trasse für die Energieversorgung Bayerns nicht notwendig ist. Vor diesem Hintergrund sind wir nicht bereit einen eklatanten Eingriff in die Natur unserer Heimat hinzunehmen, um den ökonomischen Exportinteressen von internationalen Großkonzernen zu dienen.

3.) Bei der geplanten Gleichstromübertragungstechnik im angestrebten Höchstleistungsbereich handelt es sich um eine brandneue Technologie. Eine auf den üblichen Langzeitstudien basierende, wissenschaftlich fundierte Aussage über etwaige Gefahren für Mensch und Natur kann derzeit noch nicht seriös getroffen werden. Dies halten wir jedoch für eine essentielle Voraussetzung, die vor dem Beginn von Planung oder gar Bau erfüllt sein muss.

4.) Zur Erleichterung einer schnellen Umsetzung des geplanten Milliardenprojektes hat der Bundesgesetzgeber die betroffenen Bürger und Kommunen weitgehend ihrer Einspruchsmöglichkeiten beraubt. Sogar Zwangsenteignungen zugunsten des Trassenbaus wurden ermöglicht. Auch dies halten wir nachdrücklich für den falschen Weg, da eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende nur mit den Bürgern und nicht gegen sie gelingen kann.

Im Namen aller Unterzeichner/innen.

Kaufbeuren, 05.02.2014

